

Steuerzahler als Landgrabber

Ein typischer Landkonflikt auf der Insel Cebu

In Aloguinsan bewirtschaftet eine kleine Gemeinde seit Jahrzehnten ein Land und lebt von diesen Erträgen. Nun will sich ein Großgrundbesitzer das Land unter den Nagel reißen, denn schließlich hat er im Jahr 2010 die Steuern dafür gezahlt.

Michael Reckordt

Aloguinsan ist eine kleine Gemeinde auf der Westseite der Insel Cebu. Gut 25.000 Menschen leben hier hauptsächlich von dem Land, das sie bewirtschaften. Im Norden der Stadt, im Sitio Bonbon, liegen 168 Hektar Land, die von den Bäuer_innen der *San Roque Farmers Association* (SRFA) bearbeitet werden. Einige der Familien befinden sich schon seit über einhundert Jahren auf dem Gebiet und haben sich im Jahr 1993 zu der SRFA zusammengeschlossen. Seitdem werden sie unter anderem unterstützt von der Organisation *Farmers Development Center* (FARDEC) aus Cebu City und dem *Evangelischen Entwicklungsdienst* (EED), um ihre Menschenrechte auf Nahrung, angemessenen Wohnraum und andere Grundrechte zu verwirklichen.

Der 7. November 2011 ist ein sommerlicher Tag auf Cebu. Wir kommen gegen Nachmittag im Sitio Bonbon an. In San Roque leben mehr als 100 Haushalte, 86 von ihnen leben primär von der Landwirtschaft. Insgesamt 485 Personen leben hier hauptsächlich von Reis, Mais, Früchten und Gemüse sowie der Möglichkeit im nahe liegenden Meer nach Fisch und Krebsen zu suchen. Weitere Häuser befinden sich am Hang mit einem idyllischen Blick in Richtung Negros. Die Farmer_innen führen mich stolz über ihr Land. Auf einer Anhöhe befindet sich die eigene, unabhängige Trinkwasserversorgung, die vor einigen Jahren unter anderem mit Mitteln des EED errichtet worden ist und die von der Gemeinschaft betrieben wird. Die Häuser, die wir passieren, sind elektrifiziert und die Kinder werden zur Schule geschickt. Bis zum Jahr 2011 lebten die Menschen hier in einem relativen Frieden und hatten – abgesehen von den alltäglichen – keine größeren Sorgen. Dabei hatte der Ärger eigentlich schon angefangen.

Eines der Motive zur Gründung der SRFA waren in den 1990er Jahren Auseinandersetzungen mit einem angeblichen Landbesitzer, der Familie Gantuangco.

Die Bäuer_innen, so argumentiert der angeblich großgrundbesitzende Clan, hatten die Ernte nicht mit den Erben von Aracelli Gantuangco teilen wollen. Der ehemalige Bürgermeister, der in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg im Amt war, hatte versucht die Kontrolle über das als »öffentliches Land« deklarierte Gebiet zu bekommen und war gescheitert. Es gab und gibt bis heute keine eindeutigen Landtitel, die das Eigentum der Familie belegen könnten. Schon 1993 gewannen daher, so berichtet es die Organisation FARDEC, die Bäuerinnen und Bauern vor Gericht den Fall gegen die verhinderten Großgrundbesitzer und hatten im Anschluss lange Zeit Ruhe.

Die Familie Gantuangco behauptet allerdings weiterhin, sie seien die rechtmäßigen Eigentümer des Landes, ohne Landtitel oder Urkunden, die das belegen könnten. So war es für die Mitglieder der SRFA auch überraschend, als im Jahr 2010 eine Frau, die sich als ehemaliges Vorstandsmitglied von FARDEC ausgab, versuchte die Bäuerinnen zu überreden, das Land an den Clan abzutreten. Die SRFA-Mitglieder verweigerten dies.

Derweil zahlte Jufil Gantuangco Sato, einer der Erben, im Jahr 2010 Steuern für das Agrarland, bekam eine Steuerbescheinigung und nutzte diese, um bei dem Bürgermeister von Aloguinsan eine Genehmigung zu bekommen, das Land einzäunen zu dürfen. Er scheint allerdings nur ein Mittelsmann gewesen zu sein, da er am 26. August 2010 das Land an *Everjust Realty Development Corporation* (ERDC) verkauft hatte. Das Unternehmen gehört scheinbar zu dem Nahrungsmittelkonsortium von Justin Uy, der seit den 1970er Jahren vor allem bekannt ist für den Export von getrockneten Mangos. Der Anwalt der Gantuangcos, Francisco Amit, erklärte den Verkauf damit, dass »die Erben 40 Jahre lang nicht die Möglichkeit hatten ihr Land zu nutzen. Die Bäuer_innen teilten ihre Ernte nicht mit den Erben, sodass diese entschieden, das Land zu verkaufen« (Cebu Daily News; 31. August 2011).

Jufil Gantuangco Sato, selbst im einige Kilometer entfernten Carcar wohnend, hatte aber scheinbar nicht mit dem Widerstand der Bäuer_innen gerechnet. Im Februar 2011 erhielt der Erbe zwar die Erlaubnis, das

Der Autor besuchte die Gemeinschaft am 7. und 8. November 2011 in seiner Funktion als Geschäftsführer des philippinenbüros.

Gelände einzuzäunen, doch der erste Versuch scheiterte kläglich. 60 Arbeiter mussten unverrichteter Dinge wieder abziehen, denn sie wurden von den Bäuer_innen friedlich daran gehindert, ihre Arbeit auszuführen. Allerdings blieben die zehn bewaffneten Sicherheitskräfte, so genannte Goons, und richteten sich in der Nähe der Siedlung in einem verlassenem Gebäude bis heute ein. Ihre Aufgabe ist vor allem die Einschüchterung der SRFA-Mitglieder und deren Unterstützer_innen. So wurden bei unserem Besuch im November auch Fotos von dem Autor und den begleitenden Bäuer_innen und Aktivist_innen aufgenommen. Morgens und abends spaziert derweil täglich ein schwerbewaffneter Wächter an dem Versammlungsgebäude der Gemeinschaft, in dem wir auch nächtigten, vorbei. Auf seinen Kontrollgängen inspiziert er das bereit liegende Material und die schon aufgestellten Mauern, denn in der Zwischenzeit waren die Arbeiter erfolgreicher gewesen.

Am 20. Juni war es erstmals zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen, als 100 Arbeiter, 20 Sicherheitskräfte und Teile der Polizei die unbewaffneten Frauen, die eine menschliche Barriere auf der Straße gegen die Einzäunung bildeten, versuchten gewaltsam auseinander zu reißen. Auf einem Video, das dem philippinenbüro vorliegt, ist deutlich zu sehen, wie Arbeiter und Sicherheitskräfte an den Frauen zerrten und eine Sicherheitskraft sogar mit einer Pumpgun vor den Frauen in die Luft schießt. Die Polizei steht untätig dabei. Dennoch konnten die Anwohnerinnen ein Einzäunen erneut verhindern. Erst Ende August waren die von Jufil Gantuangco Sato beauftragten Männer in der Lage, Teile des Gebietes mit einem Zaun zu versehen.

Zuvor hatten die Gantuangcos Unterstützung von einem Richter bekommen. Hermes B. Montero, Richter am Gericht in Toledo, hatte am 11. August 2011 eine einstweilige Verfügung gegen die SRFA-Mitglieder

und unterstützende Organisationen wie FARDEC verhängt, die besagte, dass keine Person in den folgenden 20 Tagen die Einzäunung des Areals behindern darf. Von FARDEC beauftragte Anwälte erklärten, dass der Richter weder in

Landrechtsstreitigkeiten urteilen dürfe, da sein Gericht nicht zuständig sei, noch hätte er aufgrund der Steuerbescheinigung überhaupt ein Urteil fällen dürfen.

Nach 19 Tagen im August 2011, in denen FARDEC und SRFA sehr viel Unterstützung von der Kirche, politischen Parteien, Zivilgesellschaft und den Universitäten erfahren hatte, und sich immer wieder Personen solidarisch erklärten und die SRFA unterstützten, kam es am Morgen des 29. August zu schweren Ausschreitungen. Private Sicherheitskräfte griffen unterstützt von knapp zweihundert Polizisten und einem Feuerwehrwagen als Wasserwerfer die zuvor friedliche, menschliche Barrikade an. Einige Mitglieder von SRFA wurden zusammengeschlagen, 39 von ihnen für sechs Tage verhaftet, darunter drei Minderjährige im Alter von 15, 16 und 17. Zwar wurden die 39 Verhafteten für eine Kaution in Höhe von über 350.000 Peso freigelassen, doch vielen drohen weitere Prozesse, so werden zwölf Personen wegen schwerer Nötigung, vier wegen versuchtem Totschlag, 14 wegen mutwilliger Sachbeschädigung und 44 wegen Missachtung des Gerichtes angeklagt. Der versuchte Totschlag wird Personen zur Last gelegt, die mit heißem Wasser und Fäkalien gefüllte Beutel auf Polizisten geworfen haben, die mutwillige Sachbeschädigung wurde an dem Schlauch des Feuerwehrwagens begangen, um den Einsatz als Wasserwerfer zu unterbinden.

Bei einem Gespräch mit Vertreter_innen des DAR und DENR Anfang November mussten die Behörden erneut eingestehen, noch immer keine Eintragungen für das Land in ihren Akten finden zu können. Sie haben den Fall weiter nach Manila gegeben, wo sich nun die Behörden mit dem Fall beschäftigen.

Obwohl der Fall in den Medien diskutiert worden ist, gibt es bis heute keine positive Entscheidung, die der Landnahme durch die Familie Gantuangco einen Riegel vorschiebt. Im Gegenteil, die Redaktion der *Cebu Daily News* schreibt in ihrem Editorial vom 31. August, dass der Disput hoffentlich nicht zu einem zweiten Hacienda Luisita Fall werde.

Der Fall der SRFA ist kein Einzelfall auf Cebu und erst Recht nicht in den Visayas. Eine Anwältin von FARDEC, die die Bäuer_innen vertritt, erzählte mir, dass sich allein bei ihr die Fälle der illegalen Landaneignung durch diverse Familien häufen. Diese Entwicklung steht im Widerspruch zu der Einhaltung der Menschenrechte – vor allem der Menschenrechte auf Nahrung, angemessenen Wohnraum, Bildung und Gesundheit. Daher fordern die Farmer_innen und unterstützende Organisationen, dass der Fall von einer neutralen Instanz untersucht wird. Der Richter in Toledo, der Bürgermeister von Aloguinsan und die Polizei vor Ort haben sich in der Vergangenheit auf die Seite der Familie Gantuangco geschlagen. Vor allem die Rolle der Polizei bei den gewaltsamen Ausschreitungen ist dabei genauer zu untersuchen.



Nur der Anfang? Oder können die halb errichteten Mauern auch wieder abgerissen werden?

Foto: M. Reckordt